

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens

Jean Monnet Professor for European Economic Integration; chair for Macroeconomics; President of the European Institute for International Economic Relations at the University of Wuppertal, (Rainer-Gruenter-Str. 21, D-42119 Wuppertal; +49 202 4391371), Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po, Paris, Research Fellow, IZA, Bonn, Non-Resident Senior Fellow at AICGS/Johns Hopkins University, Washington D.C.

welfens@eiiw.uni-wuppertal.de, www.eiiw.eu;

Der BREXIT und die Folgen für Europa: Handels-, Kapitalmarkt-, Wachstums- und Integrationsperspektiven

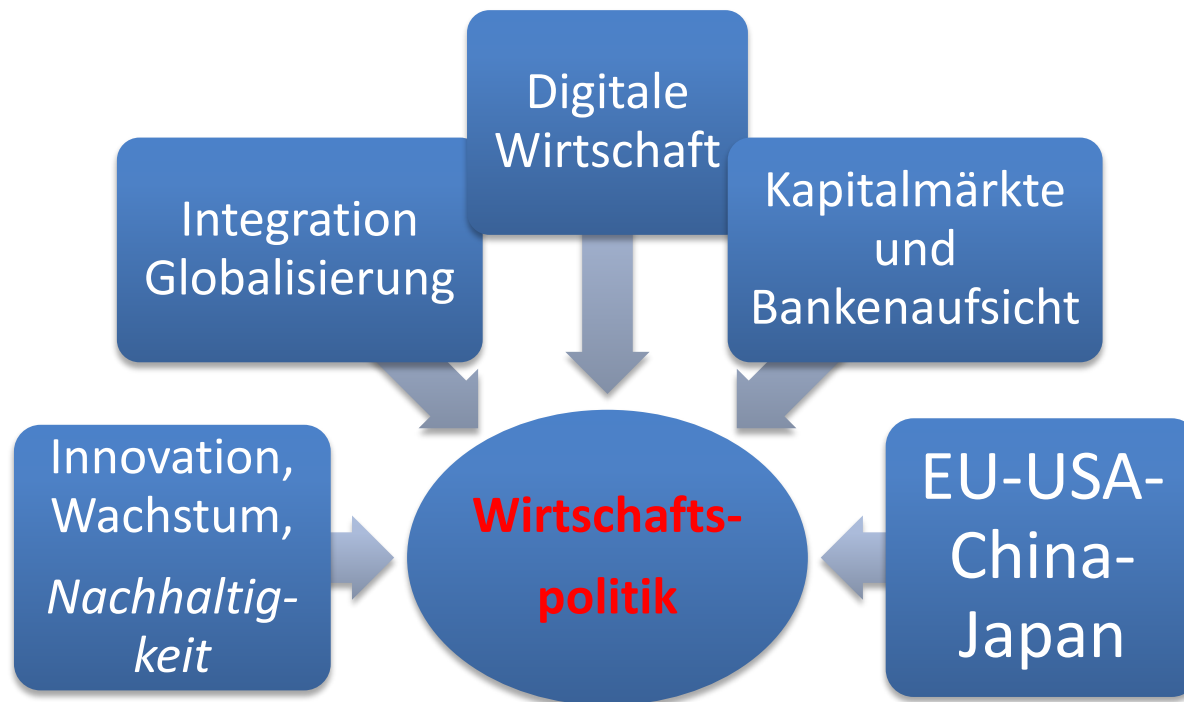
Vortrag bei der Deutschen Bundesbank, 14.2.2017, Düsseldorf

Gliederung/Hauptpunkte

- 1. Einige aktuelle BREXIT-Perspektiven**
- 2. BREXIT als sonderbares Referendum plus Trump-Wahl**
- 3. Was geschieht in UK ökonomisch und politisch?**
- 4. Kann BREXIT und Global United Kingdom funktionieren?**
- 5. Welche ökonomischen Effekte für Deutschland/EU27?**
- 6. Denkbare Disintegrationsperspektiven**
- 7. Neo-EU: was könnte EU-Politikunion bedeuten?**
- 8. Wie realistisch ist eine EU-Politikunion im Kontext von BREXIT und Trump-Wahl in den USA – notwendige Schritte?**

Über das EIIW (privates An-Institut)/Universität Wuppertal (2015: 20 Jahre)

Einige Forschungsschwerpunkte des EIIW



20 Jahre EIIW: 2015 – Konferenz in Berlin u. Wuppertal

- preisgekrönte Forschung; *Eurokrise Ende Okt. 2008 antizipiert*
- nationale / internationale Vernetzung



BREXIT aus Versehen

Das Buch beantwortet ganz aktuell die wichtigsten Fragen zum BREXIT: Wie ist das historische BREXIT-Referendum in Großbritannien abgelaufen, welches sind die Hintergründe des anstehenden EU-Austritts und welche Folgen für Deutschland, Europa und die Weltwirtschaft sind absehbar? Die BREXIT-Entscheidung ist für Europa ein Jahrhundertereignis, das die EU schwächt und die Machtgewichte global verschiebt. Die EU hat an Anziehungskraft verloren, sie ist nicht im Einklang mit dem 21. Jahrhundert, das asiatisch, digital und innovationsstark ist. Es zeigt sich, dass indirekt ein Weg von der Bankenkrise zur Anti-Immigrationswelle und zum EU-Austritt führte. Zudem war das Referendumsergebnis stark verzerrt von einer grob fehlerhaften Infobroschüre der Cameron-Regierung, die 10% zu erwartenden Einkommensverlust als Effekt eines EU-Austritts verschwiegen – mit dieser Information hätte sich eine klare Pro-EU-Mehrheit ergeben. Ein zweites Referendum? EU-Reformen? Die EU-Integration kann nur fortgeführt werden von einer Neo-EU, die besser konstruiert ist.

Paul Welfens hat eine sehr einfühlsame Studie zu den Ursachen – und Folgewirkungen – des Brexit geschrieben, der offenbar Großbritanniens größter vorsätzlicher Wirtschaftspolitik-Fehler seit der Großen Depression ist.

Prof. Dr. Harold James, Department of History, Princeton University

Im Buch vom Paul J.J. Welfens über den Ausgang des Brexit-Referendum erfolgt eine schonungslose, nüchterne und kritische Analyse, wie dieses Referendum-Ergebnis zustande kam. Welfens listet die wesentlichen kritischen Punkte auf: Jedem, der sich mit dieser Thematik ungeschminkt und offen beschäftigen will, sei dieses Buch zur Lektüre sehr empfohlen.

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Friedrich Schneider, Department of Economics, Johannes Kepler Universität Linz

Der Autor

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens ist Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Universität Wuppertal, dort zudem Inhaber des Jean-Monnet-Lehrstuhls für Europäische Wirtschaftsintegration und des Lehrstuhls Makroökonomik. Außerdem ist er Vorsitzender des Instituts des Bundesverbands Deutscher Volks- und Betriebswirte, Düsseldorf, Non-resident Senior Research Fellow am AICGS der Johns Hopkins University, Washington DC sowie IZA Research Fellow, Bonn. Das EIIW steht für mehr als zwei Jahrzehnte preisgekrönte Forschung. Welfens war u.a. geladener Experte des Deutschen Bundestages, des Europäischen Parlaments, der EU-Kommission, des US-Senats sowie des IWE.



► springer.com

Welfens



BREXIT aus Versehen

BREXIT aus Versehen

Paul J. J. Welfens

Europäische Union zwischen
Desintegration und
neuer EU



Springer

1. Einige aktuelle BREXIT-Perspektiven

- **UK tritt 1973 EU bei, 1975: 1. EU-Referendum mit 67% pro EU**
- **1993 EU-Binnenmarkt** mit 4 Freiheiten, inkl. Migrationsfreiheit,
2004 EU-Osterweiterung: UK, Irland, Schweden= freie Migration
- **2007-09 Bankenkrise; UK aber nicht Teil der Eurokrise 2010-15**
- **2013 kündigt Premier Cameron an**, er werde im Fall seiner
Widerwahl ein Referendum zur EU-Mitgliedschaft ansetzen –
Problem war aus seiner Sicht Aufstieg UKIP u. Anti-EU-Flügel Tories
- **Referendum am 23. Juni 2016: Cameron empfiehlt Remain/in-**
EU-bleiben – *auf Basis von UK-EU-Verhandlungen mit
Sonderregelungen zu abgespeckter Sozialpolitik für EU-Zuwanderer
und Zusagen zur Binnenmarktvertiefung (u.a. Digital, Energie,
Dienstleistungen):*
- **Ergebnis ist aber Mehrheit für BREXIT**

Ergebnisse, Fragen, Politikoptionen

- UK-Referendumsumstände zu untersuchen/zu verstehen
- UK mit langfristigem Einkommensrückgang um 10% bei mittlerem Zugangsszenario zu EU-Binnenmarkt (Treasury Study)
- Was bedeutet das für die EU27?
- Auswirkungen auf regionale Integrationsansätze/Multilateralismus
- Abwanderung von Banken etc. aus London Richtung EU27, da Banken in London ab 2019 ohne EU-Pass nicht mehr von dort EU-Markt bedienen können; US-Banken, Banken aus Japan etc. plus britische Banken werden also Aktivitäten in EU27 verlagern
- Was bedeutet BREXIT für EU-Integration/Disintegrationsdynamik
- Globale Effekte/Wirkung auf DE (Märkte/Politik; Populismusdruck)
- **Welche EU-Reformoptionen gibt es?** (bei erhöhtem Druck UK/US)

Historischer EU-Fokus im BREXIT-Kontext

- **Ziel der EU-Gründung:** Friedenssicherung, Wohlfahrtsgewinn durch Freihandel; gemeinsame Außenzollpolitik in Trägerschaft der Europäischen Kommission (zudem u.a. Europäischer Gerichtshof und Europäisches Parlament/erst seit 1979 direkt gewählt). Für USA: Schaffung eines westlichen Europa-Partners
- **UK, Irland, Dänemark** – bis 1973 - und andere waren zunächst Teil der **EFTA als reines Freihandelsnetzwerk** bzw. Freihandelszone, d.h. keine gemeinsame Zollpolitik (individuelle nationale Importzollsätze);
- UK zus. mit DE, NL, DK in EU28 Block **für Außenwi.Liberalisierung**
- **Später in EU** gemeinschaftliche Wettbewerbspolitik, Beihilfenaufsicht, Rahmenregulierung/Liberalisierung von Netzsektoren etc.; ab 1993 im Übrigen Binnenmarkt, auch getragen von UK-Initiativen
- **Wissen über EU in UK laut Bertelsmann-Studie** gering: 49% korrekt bei EU-Fragen, Polen 53%, IT 80%, DE 81%

BREXIT ist politisches Projekt gegen EU, gegen Cameron, gegen das Establishment - also populistisch?

- **BREXIT-** politisch getragen von Leave-Kampagne, die „mehr Souveränität“ und volle Immigrationskontrolle für UK will; keine 10 Ökonomen an UK-Universitäten pro BREXIT
- Finanzminister Gove/Kabinett Cameron wurde einmal gefragt, ob er Ökonomen als BREXIT-Befürworter nennen könne: Antwort NEIN, die Wähler haben allerdings auch genug von EXPERTEN – hier wird neuere britische **Populismusneigung** erkennbar, die **einfache Antworten will und EXPERTENWISSEN z.T. ablehnt**
- BREXIT-Führungsgruppe (z.B. David Davis als „Exit-Minister“) will **neue UK-Commonwealth-Führung & globalen Freihandel**

BREXIT ist erstmalig EU-Disintegration: Zeitablauf 57 bis 2019

- **1957: 6 EU-Länder (DE, FR, IT, Benelux) gründen die EU, nicht UK – wie Anne Will im Interview mit Merkel im November verkündete**
- **1973: UK, Irland, Dänemark treten der EU bei (seit 1968 Intra-EU-Freihandel bei Waren)**
- 1993: EU-Binnenmarkt (2-3 % Realeinkommensgewinn)
- 1999 Start der Eurozone & EZB
- 2004/2007/2013 EU-Osterweiterungen
- **2016 (23. Juni): 51.9% Zustimmung zum BREXIT**
- **2019: UK-Austritt = -18% beim EU28-BIP; -13% Bevölkerung im Vergleich EU27/28, -15% bei den EU-Exporten**
- **UK hat EU-Exporte von 13% des BIP; bei US-Exporten 2,5%**
- 2020: Ende 1. Trump-Amtszeit in USA; **BREXIT & TRUMP =?**

Für EU-Kommission kam BREXIT überraschend

- **EU verlässt sich auf Eurobarometer-Umfragen**
- Die **Eurobarometer-Zahlen** aus Frühjahr 2017 waren weit vom Anti-EU-Referendumsergebnis entfernt – also kaum Warnhinweis bei UK (und anderen Ländern) offenbar methodisch schwach; Politik offenbar unkritisch zu Eurobarometer.
- **US-EU-Bankenkrise 2007-09 hat Vertrauen in Politik** in vielen EU-Ländern beschädigt; auch in UK – *und natürlich in den USA, auf deren Unterstützung die neue May-Regierung setzt*

USA: neue Führung mit Trump (und Pence als Vize) seit Januar 2017 – erste May-Reise nach USA



BREXIT als sonderbares Referendum plus Trump-Wahl

Die Trump-Wahl bzw. die Position von Trump-Administration, die BREXIT begrüßt bzw. ankündigt (designierter EU-Botschafter der USA: Ted Malloch), man wolle die EU zerstören, bringt eine BREXIT-Zusatz Wendung historisch

UK lehnt sich unter May an Anti-EU-Macht USA an, die mit Anti-EU-Politiksetzung unter Trump 60 Jahre EU-Unterstützung der USA zurückdreht; aus USA kommt mit Trump Anti-Globalisierungskurs via neuer Handelsprotektionismus und Beschränkung von US-Direktinvestitionen im Ausland; zugleich werden Direktinvestitionen von EU-Ländern faktisch verlangt

BREXIT-Entscheidung und Trump-Wahl in USA

- **2016** als entscheidendes Jahr kontra Globalisierung?
 - 23. Juni 2016: **EU-Referendum in UK** mit BREXIT-Mehrheit 51.9% = **Disintegrationsimpuls UND rhetorisch gegen EU-Zuwanderung**
 - **8. November 2016: US-Präsidentschaftswahl = Donald Trump; mit Neigung, 70 Jahre Politiktradition der USA zu beenden – *Multilateralismus durch Bilateralismus (US-UK) ersetzen, Nato zurückbauen, Protektionismus bei Handel u. Direktinvestitionen; Anti-Immigration(UK)?***

UK post-BREXIT/post-Referendum auf USA orientiert

- **UK stark angelehnt an Trump-Administration in USA**
- Trump mit Druck gegen Mexiko, China, aber auch Deutschland wegen hoher Überschüsse im Außenhandel; Zölle bzw. ggf. analoge Cash-flow-Steuer Gesetze mit Befreiung der Exporte absehbar bei Mexiko/China bzw. ggf. insgesamt.
- **Leistungsbilanzüberschussquote Deutschland 2016 mit 9%,** wobei man hohe Sparquote wegen alternder Gesellschaft als Argument für einen gewissen Überschuss anmerken kann – **EU hat aber selbst Obergrenzen-Soll bei 6% festgelegt (D könnte über + öffentliche Investitionen und Senkung Mehrwertsteuer korrigieren)**
- **Relevante Überschussquote in Debatte mit USA ist aber die Überschussquote der Eurozone** mit 1,3% in 2012, 2,2% in 2013, 2,5% in 2014, 3,2% in 2015 und 3,4% in 2016 (etwa $\frac{1}{4}$ DE)
- **EU braucht USA u.a. bei IMF/Griechenlandkrisen-Management**
- **Präsident Trump begrüßte BREXIT**

Trump-Devise: “America First“

Make America Great Again

- * ein Satz, der ein US-Expansionsprogramm ist
- * aus EU-Sicht problematische Unterstützung des BREXIT
- * ?europäische Devise (m.E.): „Think first“
- * Frage nach Stagnation der Realeinkommen der Geringqualifizierten in USA, UK? Das sind die Hauptwähler pro BREXIT in UK (pro Trump in USA)
- * BREXIT-Wähler bzw. EU-Gegner in Umfragen: Eher wenig gebildet, mit geringem Einkommen, Ältere, um nationale Identität Besorgte

Populismus UK und USA teilweise ähnlich; Anti-Immigration, gegen Establishment, gegen Wirtschaftsexperten-Sicht bei Globalisierung

In Kontinentaleuropa ist die Debatte z.T. (Ausnahme Frankreich) weniger emotionalisiert beim Thema Globalisierung.

Aber es gibt **allgemeines Vertrauensproblem in vielen EU-Ländern Richtung Politik seit der Bankenkrise**; Populismus-Akteure bauen auf dieser Vertrauenslücke auf.

BREXIT ist ein sichtbares Exempel, dass man auf Basis Volksabstimmung **radikale Änderungen** politisch anschieben kann = **Stimulus für radikale Projekte auch in anderen Ländern = EU wird politisch instabiler; Erwartungen schwerer zu bilden; Risikoprämien steigen aus politischen Gründen in vielen Ländern**

Referendum in UK zur EU-Mitgliedschaft

Das UK-EU-Referendum 2016 verloren hat

- die **Cameron-Regierung**; **Wahlervotum ist natürlich grundsätzlich Ernst zu nehmen**, *in UK aber Parlament in jedem Fall auf Basis Entscheidung Supreme Court frühzeitig am BREXIT-Prozess beteiligt*
- die **Europäische Union**, die aber im Wahlkampf zum Referendum unsichtbar geblieben ist und bislang kaum Neigung zu Reformen zeigt; erst der Druck aus USA unter Trump-Administration hat seit Februar 2017 erkennbar etwas geändert:
Reformdebatte im Europäischen Parlament

BREXIT wird Europa historisch verändern

- Nach gut 40 Jahren EU-Mitgliedschaft anscheinend 2016 in UK klare Mehrheit für EU-Austritt des Landes
- **Austrittsverhandlungen** sorgen für enormen Druck innerhalb der EU
 - **11. Februar 2017: Kommissions-Chef Juncker erklärt**, dass er nicht zu einer zweiten Amtszeit antreten will und fürchtet, dass EU27 unter BREXIT-Verhandlungsdruck auseinander brechen könnte; **diese Erklärung ist eine unzeitgemäße Beschädigung der EU und auch der Eurozone**
 - Großbritanniens BREXIT könnte damit nicht nur im EU-Austrittsland wirken, sondern **eine EU-Disintegrationsspirale in Gang setzen** – damit wäre die EU-Integration gescheitert und **die EU als Vorbild für regionale Wirtschaftsintegration in Weltwirtschaft (MERCOSUR, ASEAN etc.) am Ende**

BREXIT-Entscheidung z.T. überraschend, ungewollt mit Trump-Wahl USA als westlicher Doppel-Populismusimpuls verbunden

- **Historisch größere Entscheidung ist vermutlich der BREXIT**, da hier eine 28-Länder betreffende Entscheidung – zum EU-Austritt nach 45 Jahren britischer EU-Mitgliedschaft ansteht (2019); :
- **EU-Kommissionschef Juncker erklärt am 11.2.2017, dass er wegen BREXIT-Druck keine 2. EU-Kommissionspräsidentschaft anstrebt – EU-Disintegrationsdynamik beschleunigt sich wohl...**
- **US-Präsidentschaft Trumps wirkt auf die BREXIT-Dynamik stark mit ein**, da er BREXIT begrüßt hat und sich weitere X-EXIT vorstellt
 - Noch abzuwarten, was aus Trump-Präsidentschaft(en) wird
 - Denkbar, das BREXIT nach 2. Referendum nicht realisiert wird
 - Denkbar, dass andere EU-Länder, etwa aus Skandinavien, UK folgen

USA trotz Trump: Wirtschaft – Politikperspektiven

- **2017: voraussichtlich 4 Jahre Trump**, bei den Mid-Term elections in zwei Jahren stehen beim US-Senat (1/3) vor allem Demokraten zur Wahl, die auch noch vor allem aus Bundesstaaten kommen, die Trump bei den Präsidentschaftswahlen gedreht hat;
also Trump 2017-2020 (?)
- **Trump-Regierung noch unterbesetzt**, gut 3000 Mitarbeiter noch nicht eingestellt – Normalisierung ab Ende 2017
- **Trump-Regierung mit vielen Dekreten = *Fast Policy* = teilweise schlechte Politikqualität und Verfassungskonflikte, sehr deutliche Politikänderung**
- **Trump: *America First!* (?); in Europa besser: „Think First“**

Zeitkalender

- **BREXIT: harter Brexit aus London angekündigt**
- **2017/18** Unsicherheitsphase der Verhandlungen:
Marktzugang britischer Firmen zur EU27 und EU27 zu UK,
britischer Markt für deutsche Firmen wichtig und in Sachen
Überschuss noch größer als USA
- **2019: Europa-Wahlen und BREXIT-Vollzug** (oder zweites
Referendum und kein BREXIT)
 - Unruhige Zeiten in Europa
 - Anpassungsdruck Wirtschaft
 - Undenkbar, dass Börsenfusion London-Frankfurt wie geplant läuft:
 - Clearing-Geschäfte zu Euro-denominierten Derivaten von London
aus künftig kaum möglich: EZB-Vorgaben: **EuGH durch UK
anzuerkennen - hat May abgelehnt im Januar 2017**; gute Zeit für
Juristen...

Analyse:

- 1. Welche Änderungen kommen durch Trump in der (Wirtschafts-)Politik?
 - **UK mit bilateralem TTIP-Abkommen UK-USA ab 2019**, aber UK mit Instabilitätsprobleme in Verhandlungsphase, Investitionsquote sinkt
 - **China, Mexiko, Japan, Deutschland/Eurozone als Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen vor Problemen bzw. im Visier der USA**
 - **G20** – wo alle vier o.e. Länder und USA Mitglied sind – **vor Problemen**
- 2. Welche Reihenfolge bei Protektionismus u. Wirtschaftspolitik?
 - Trump kann Mexico und China für 90 Tag mit Schutzzölle belegen
 - Trump kann NAFTA kündigen: betrifft mit Kanada und Mexiko aus US-Sicht die Handelspartner Nr. 2 und 3
 - Trump wird 1000 Mrd. € Infrastrukturprogramm umsetzen = Anti-Exportprogramm, weil Ressourcen aus dem Sektor der handelsfähigen Güter in den der nichthandelsfähigen abgezogen
- 3. Pariser Klimaschutzabkommen (UN) gefährdet

USA

- Handelsbeschränkungen/Importzölle/oder Cash-flow-Steuer Gesetze
- **Abschaffung von Finanzmarktregulierungen** (Dodd-Frank; nach 2008)
- **Pro BREXIT, EU-feindliche und Euro-feindliche Politikeinstellung**
- **Unterminierung multilateraler Politik, etwa Welthandelsorganisation: bringt uns ggf. ins 19. Jh Mächte-Rivalität zurück**
- Infrastrukturprogramm expansiv,
- Steuersenkung USA(& UK): insbes. Körperschaftssteuersenkung
- **Steuerreform mit Protektion= Cash flow-Steuer+Exportbefreiung**
- **Wenig wissenschafts- u. innovationsfreundlich von Trump-Seite**
- Inner-US-Kampf bei den Institutionen: **Unsicherheit**
- **G8 und G20 (Juli 2017 in Hamburg) mit neuen Konflikten**
- **Politikkooperation mit Russland?**
- **Bilateralismus destabilisiert international, Internat. Org. bedroht**
- **Internationaler Kulturkampf (?)**

Wirtschaftsprognose USA/UK, Deutschland (EU/EZB)

- **USA mit Anstieg der Börsenkurse** und bundesstaatlicher Investitionsoffensive = Bruttoinlandsprodukt wird 2017/2018 ansteigen (Nachfrageimpuls); Dollaraufwertung erschwert hohen Aufschwung der US-Wirtschaft
- **UK: rückläufige Investitionsquote 2016/2017**
- **US: \$-Aufwertung, Geldpolitik durch Neubesetzung FED eher geringer bzw. langsamer Zinsanstieg**
- **Deutschland: wichtigste Exportsektoren – unter Druck (ohne 2)**
 - (1) Automobil
 - (2) Maschinenbau
 - (3) Chemie/Pharma
 - (4) Elektrotechnik
 - (5) IKT
 - *Indirekt auch Logistik wichtig*

Anpassungsdruck für DE/EU27 bei schlechterem Marktzugang zu UK und USA auf mittlere Sicht

- **Deutschlands Wirtschaft kann sich stärker Richtung EU, Asien, Afrika, Lateinamerika ausrichten**
- Neuorientierung ohne Unterstützung durch Wirtschafts- bzw. Außenpolitik in Berlin und Brüssel kaum zügig möglich
- **Freihandelsvertrag EU-Japan und EU-ASEAN (Singapur schon)**
- **Freihandelsvertrag EU-MERCOSUR fehlt**
- **Deutschland in der Eurokrise II:** hat mit Blick auf EU und Eurozone immer wieder betont, dass man Hilfestellung gibt - etwa bei der Eurokrise, aber betroffene Länder selbst verantwortlich.
- **Künftig mehr gemeinsame EU-Militäreinsätze/-Militärstrukturen;** teilweise verminderte Bedeutung der Nato, was problematisch ist.
 - **Nato hat externe Funktion/Sicherheit**
 - **Nato hat interne Funktion:** verhindert militärische Konflikte zwischen Mitgliedern (z.B. Griechenland-Türkei Mitte der 70er Jahre)

US-Wirtschaftseffekte: US = 1/5 Weltwirtschaft

- USA und deren Partner/Rivalen
 - USA als größte Volkswirtschaft zusammen mit China und EU28
 - USA ist zusammen mit China, Frankreich Top-3-**Handelspartner Deutschlands, UK ist Nr. 4 in 2016**
 - Die fünf US-Haupthandelspartner (2015): China, Kanada, Mexiko, Japan, Deutschland
 - Direktinvestitionsnetzwerke: USA-EU27/UK-Japan-China als wichtige Quellenländer: **China verstärkt als Direktinvestitionsakteur sichtbar, aber nur teilweise in Deutschland/EU27, UK & USA akzeptabel, da häufig staatliche chinesische Multinationale Unternehmen die Investoren sind**
 - **UK bisher für US-Firmen und chinesische sowie japanische Firmen wichtiger Investitionsstandort** – auch als Tor zur EU; Firmen werden 2018/19 aus UK/London weggehen: Deutschland/Frankreich/Irland Hauptzielländer für US/JP/CH-Firmen

UK-Wirtschaft und UK-Politik

- **UK ist fast 19% des EU28-Bruttoinlandsproduktes, 13% der Bevölkerung (2017)**
- UK über viele Jahre wachstumsstark, allerdings ökonomische Schocks der transatlantischen Bankenkrise (2009: 11% Defizitquote), die politisch verunsichernd wirkten
- **Ökonomische Hauptprobleme von UK sind**
 - Hohe Defizitquote, Unterfinanzierung Kommunen u. Gesundheitssystem
 - Geringer Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt
 - Großer, anfälliger Finanzsektor – bislang London auch für Geschäfte mit Euro-Finanzprodukten wichtig;
 - (2) ***EZB-Vorgaben von Februar 2017 bedeutet, dass UK-Institutionen/Banken künftig kaum noch als Clearing-Institutionen für Derivate-Geschäfte in Frage kommen, da Urteile des Europäischen Gerichtshofes anerkannt werden müssten*** – das lehnt May-Regierung ab (Ende 2016)
 - (2) ***Geplante Fusion Börse London/Börse Frankfurt schwer realisierbar*** (siehe 1)

EU-Kommissionsprognose zu UK (Jan. 2017)

- | Indicators | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019* |
|-------------------------|------|------|------|------|-------|
| GDP growth (% , yoy) | 2,2 | 2,0 | 1,5 | 1,2 | 1,0 |
| Inflation (% , yoy) | 0,0 | 0,7 | 2,5 | 2,6 | 2,2 |
| Unemployment (%) | 5,3 | 4,9 | 5,2 | 5,6 | 6,0 |
| Public budget(% of GDP) | -4,4 | -3,4 | -2,8 | -2,5 | -2,9 |
| Public debt (% of GDP) | 89,0 | 88,6 | 88,1 | 87,0 | 88,2 |
| CA balance (% of GDP) | -4,3 | -5,0 | -4,8 | -3,9 | -3% |
- Erwartung des EIIW**
 - Anmerkung: (1) Stabilität in UK wie in vielen anderen OECD-Ländern latent gefährdet durch hohe Schuldenquote, die bei Zinsanstieg Problem werden kann; (2) Leistungsbilanzdefizitquote von 3% ist langfristig zu hoch, da bei 2% Trendwachstumsrate 150% Auslandsschuldenquote entsteht**

Ökonomische Chancen/Bedrohungen Deutschlands

- 1) Aufwertung des Dollars ist stark, Euro-Abwertung, was Exporte Deutschlands/d. Eurozone stärkt; **UK-Exporte ++ wg. Abwertung**
- 2) **Hohe Aktienkurse**, die 2017 noch steigen könnten – bei neuer US-Steuersenkung: Aktienkurse in **USA und UK und Eurozone steigen**
- 3) **Zinssätze in den USA werden ansteigen**, daher in 2017 auch in Eurozone und UK (Bank of England kann noch von 0.25 auf 0)
- 4) Bauwirtschaft in Deutschland unverändert positiv, Zuwanderung erhöht aus EU-Ländern – wegen BREXIT; **UK fehlt ja wohl ab 2019!**
- **5 Wenn in UK das Wachstum um 1% sinkt**, fällt es in der EU27 bzw. Deutschland um etwa 0.2%
- **6) Zinsanstieg USA und Eurozone** kann Eurokrise II bedeuten, mit ungelöstem Griechenlandproblem (fehlender Verfassungsreform)
- 7) EU-Unsicherheit bei BREXIT; **und G20?**

Deutschlands Wirtschaft vor Anpassungsproblemen

- **US-Druck auf Deutschland wegen hoher Leistungsbilanzüberschüsse**
 - **Schwierigkeiten für Autoindustrie u. –zuliefererfirmen** absehbar
 - Verstärkte Orientierung nach Asien/China/Indien denkbar
- **US&UK-Wirtschaftsexpansion 2017, aber zugleich in China Wachstumsdämpfung** – Gesamteffekt für Maschinenbauer Deutschlands ggf. positiv
- **Sinken der Körperschaftssteuersätze US und UK**, was parallelen Anpassungsdruck in Deutschland und anderen EU27-Ländern bringt
 - verschärfte politische Verteilungsrhetorik in Deutschland und anderen EU-Ländern.

BREXIT-Entscheidung und neue US-Regierung: Welche Herausforderungen kommen auf unsere Wirtschaft zu? **In Europa...**

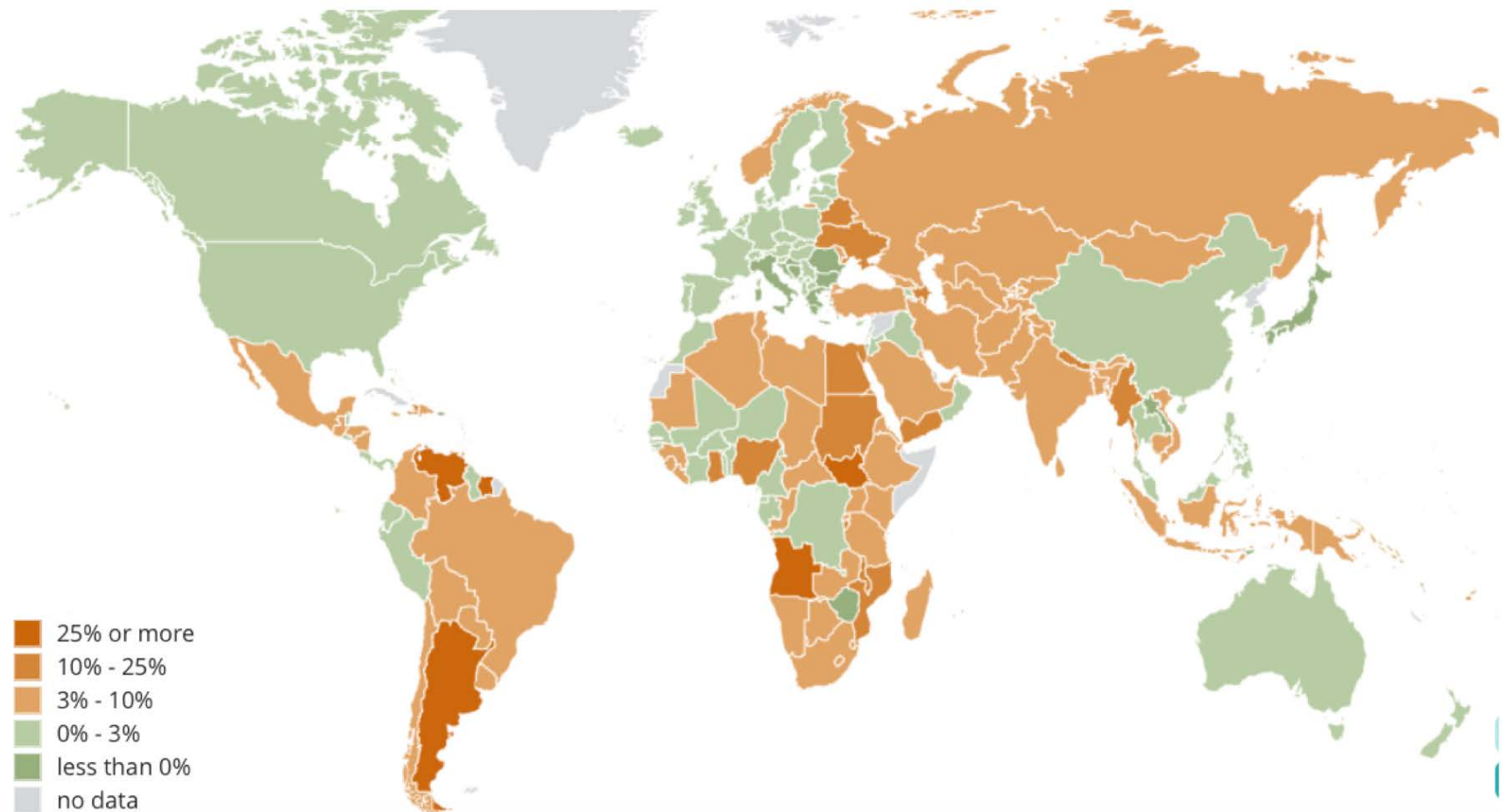
Neue **Instabilitäten in der Eurozone wegen steigender Zinssätze in den USA** und Furcht vor politischer Instabilität in der Eurozone/EU

- **Interne wirtschaftliche Eurozonenprobleme;** u.a. Griechenland (schon absehbar lange, & Zinssteigerungsdruck USA in 2018)
- **Politische Instabilität in EU: BREXIT, Italien,...**
- **Fehlende US-Unterstützung für EU**
- Unterminierung multilateraler Politik wegen Trump-Administration= **Schwächung Welthandelsorganisation, Basel-III-Bankenregulierung (BIS) etc. (seit Jan. 2017 US inaktiv bei BIS bzw. Basel III)**

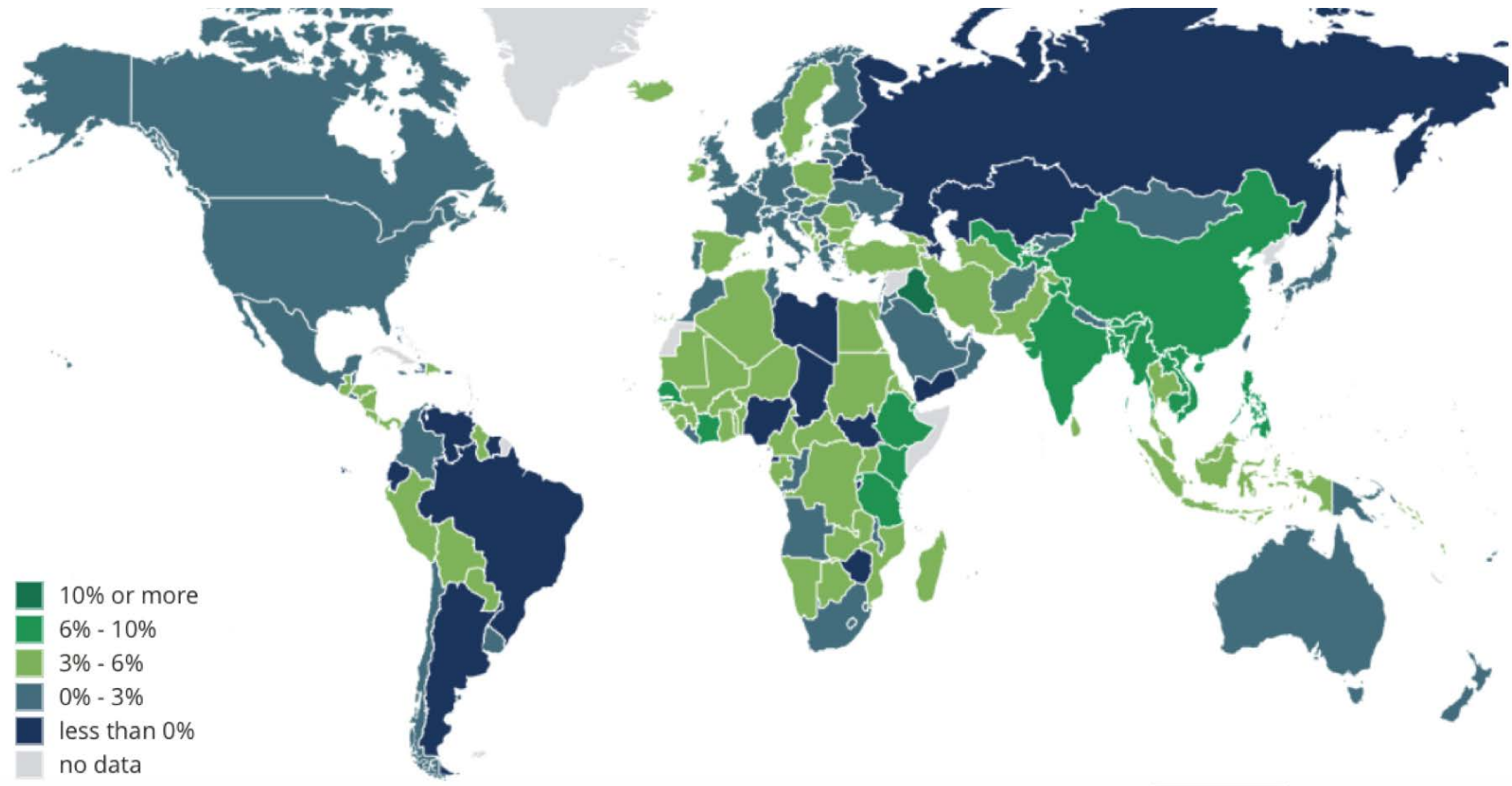
Europäische Perspektive im BREXIT-Umfeld

- **Was passiert bei Inflation, Wirtschaftswachstum, Börsenkapitalisierung?**
- **EU27: 2017/2018 steigt Wachstum leicht an in Eurozone, was politische EU-Unterstützung anhebt – immer relativ hoch bei guter Wirtschaftslage**
- **UK: Wachstum leicht rückläufig, Inflation steigt; gewerbliche UK-Immobilienpreise sinken relativ zu BIP in 2017/2018/2019, zumal ausländische Investoren abziehen**
 - US-Bankeninvestoren gehen z.T. von UK nach Irland
 - Asiatische Finanzinvestoren gehen z.T. von UK nach Frankreich und Deutschland, ggf. auch Luxemburg; große Chance für Bankenstandort Deutschland bzw. NRW – allerdings engagierte regionale Standortpolitik notwendig
 - Eurozone wird (noch) als stabil angesehen

Monetäre Weltkarte/Inflationsgruppen (Ende 2016)

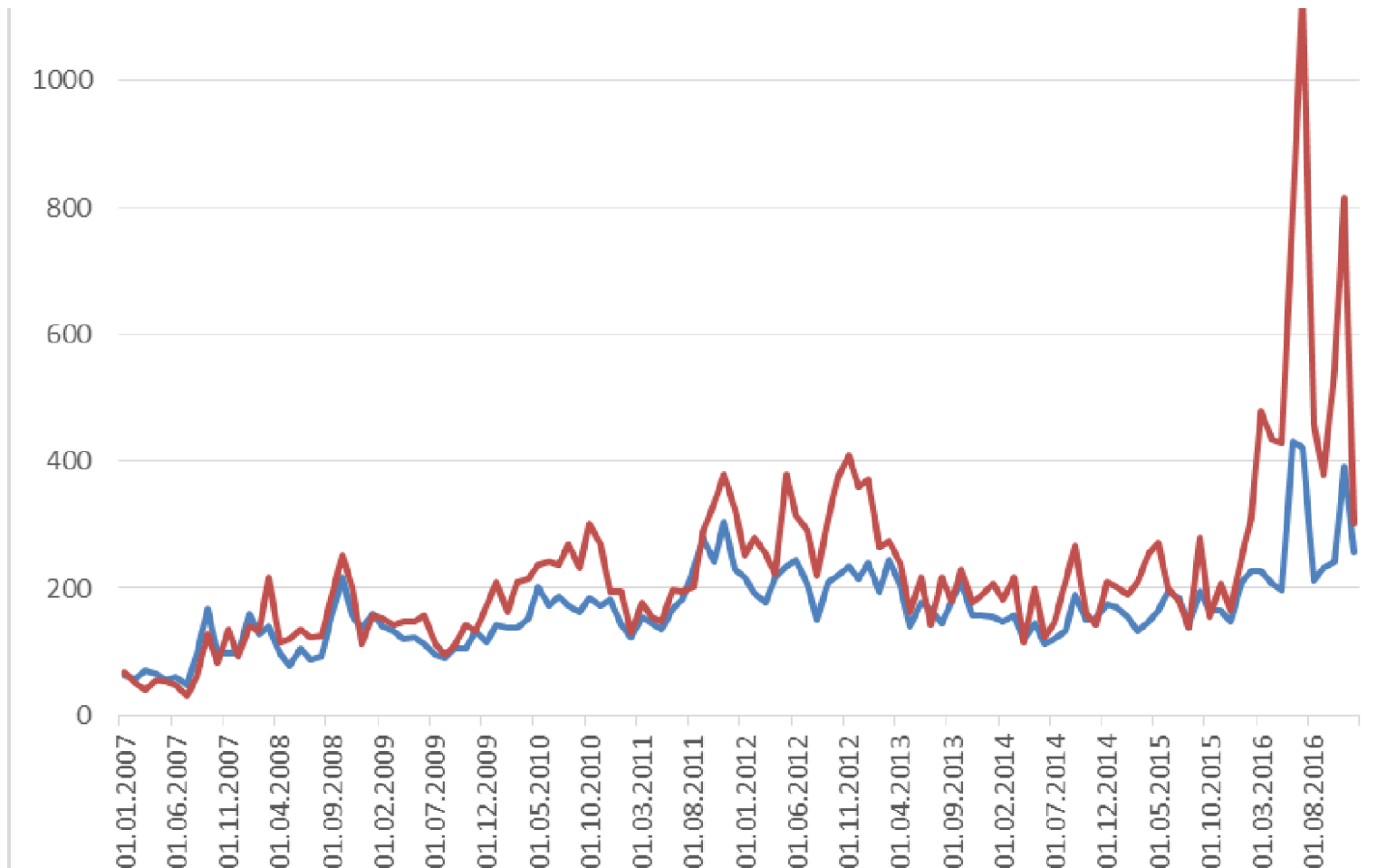


Wirtschaftswachstum (Jahresrate, Ende 2016)



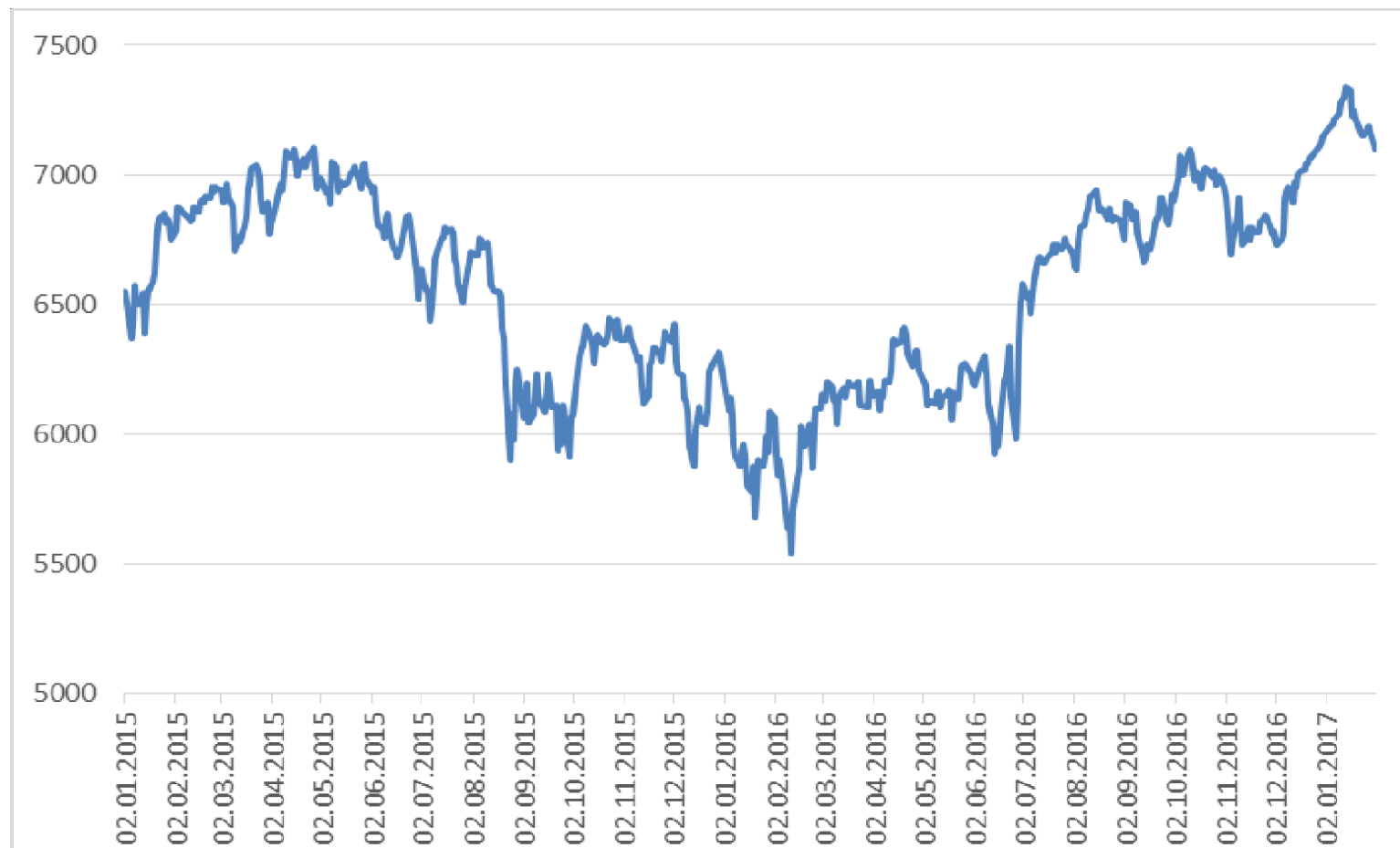


Britische Wirtschaft: Unsicherheit der Politik steigt an (Economic Policy Uncertainty Index: EU blau, UK rot), Alternative ist der Ciss Index der EZB



Aktienkurs UK (im Sog des US-Aktienkurses)

Figure 3: FTSE 100 (daily)



Wechselkurs Pfund/Euro: Abwertung zum Euro

Figure 2: ECB reference exchange rate, UK pound/Euro (monthly)



Source: ECB Statistical Data Warehouse

BREXIT-Auswirkungen in UK

- **Durch expansive Geldpolitik in UK in 2016 Rezessionsdruck abgefedert:**
 - via Zinssenkung, starke Abwertung
 - Pfundabwertung erhöht unerwartet Inflationsrate in 2017, was Reallohnsatz senkt – **ähnlich wie bei Phillips-Kurven-Effekt dann zeitweise zu mehr Beschäftigung in 2017 führt**
 - Aktienkurs UK durch US-Aktienkursanstieg nach oben gezogen 2016/2017
 - Aus portfoliotheoretischer Sicht erhöht die reale Werterhöhung bei Aktien (Realkapital) unter Risikominierungsaspekten die Nachfrage nach Staatsanleihen - und Liquidität. Zinssätze bleiben 2017/2018 in USA, UK, Eurozone niedrig; ggf. in USA leichter Anstieg via FED
 - *Wenn in USA unter Trump Finanzmarkt-Deregulierung, dann Zinsdämpfung und US-Wirtschaftsexpansion mit Übertragungseffekt **UK (7% Wertschöpfung in US-Tochterfirmen)** und EU27 – makroprudentielle Herausforderung USA, Europa*

-Von Cameron-Regierung zur May-Regierung

- **Premier May Wünsche/Ziele**
 - einen **harten BREXIT realisieren**: raus aus EU-Binnenmarkt bzw. Zollunion,
 - **volle Kontrolle über Immigration**
 - **globale Freihandelsstrategie von UK** (ab 2019 umsetzbar...)
 - guten **Zugang für UK-Banken und –Firmen zum EU-Binnenmarkt** nach 2019 (Jahr der Wahlen zum Europ. Parl.)
 - und hofft, dass EU27 intakt bleibt
 - geht davon aus, dass UK erhebliche Budgetmittel künftig hat, die man früher als Beitrag an EU gab (8-9 Mrd. € = ca. 0,3-0,4% des BIP)
 - **kein Urteil des Europäischen Gerichtshofes** akzeptieren

Erklärung der EZB vom 7.2.2017

- **UK-Clearing Banken für Derivatgeschäfte auf Eurobasis ab BREXIT nur noch akzeptiert, wenn EuGH-Urteile von UK akzeptiert werden**
- Mit dieser Sichtweise der EZB ist **weiteres Fragezeichen wohl auch Richtung Börsenfusion London-Frankfurt gesetzt:**
Keine vernünftige Finanzaufsicht in EU/Eurozone, wenn der größte Börsenplatz außerhalb der EU liegt

Wahl von Trump und UK

- In den USA ist Donald Trump neuer US-Präsident – er empfing May als erste Regierungschefin in Washington, aber
 - Trump ist protektionistisch bei Handel u. Direktinvestitionen, **passt nicht wirklich zur Freihandelsdoktrin von Frau May**
 - **Trump hat Einladung von Frau May zum Staatsbesuch in UK, aber vor dem Parlament wird er wohl nicht sprechen können:** Denn Parlamentssprecher hat Anfang Februar 2017 erklärt, dass Trump wegen wegen sexistischer u. rassistischer Rhetorik sowie Einwanderungsbann +Mangel an Respekt vor Rechtsstaat nicht im Unterhaus sprechen solle
 - **USA unter Trump haben offenbar alle Verhandlungen zu Basel III bei Bank für Internationalen Zahlungsausgleich von US-Seite gestoppt:** via Brief (31.1.2017) eines republikanischen Kongress-Vertreter, der US-Notenbankchefin solche Verhandlungen faktisch verbot
 - Trump hat sich **skeptisch zur Welthandelsorganisation WTO gestellt**

Welche Effekte hat BREXIT?

- **2017: Rückgang der britischen Investitionsquote**, weitere Abwertung = unerwartete Inflationserhöhung (2-3% bei Inflation), also Reallohnsatzsenkung = **mehr Jobs, zumindest vorübergehend = Konsumanstieg**
 - Aber Investitionsquote sinkt vorübergehend
 - Reale Abwertung bringt bei international M&As aber höhere Direktinvestitionszuflüsse (**FROOT/STEIN, QJE, 1991**)
- 2017/2018 Unsicherheit wegen Austrittsverhandlungen
- 2019-2025: 6% bis 10% weniger beim Wirtschaftswachstum UK
- EU27 etwa 1/6 des negativen UK-Einkommenseffektes
- Frage, ob DE, FR, NL, IR etc. Gewinner bei **Direktinvestitionsumlenkung zulasten von UK** sind

Exportanteil nach Ländern – UK: absolut u. Anteil am BIP

3

estic value added content of gross
exports (in mUSD)

gross exports (in mUSD)

domestic value added content of gross
exports

gross exports

	2005	2011
y	45,335	58,984
	33,175	37,369
	19,801	20,555
	22,808	25,012
	28,028	31,487
nds	17,070	20,652
	10,903	14,268
	80,930	86,078
	11,036	13,971
	7,907	19,507
	6,917	15,059
	5,586	11,396
	3,912	5,780
	1,774	4,859
	447,735	569,204
	207,917	247,347
	220,846	266,333
	12,048	16,867

2005	2011
55,235	78,530
40,717	50,610
24,253	27,052
27,840	32,379
33,799	40,245
19,350	24,833
13,049	18,426
95,846	109,414
13,067	18,374
9,656	26,177
8,091	19,043
6,726	15,108
5,028	8,229
2,158	6,402
539,631	738,631
251,449	322,400
267,219	347,110
14,040	20,849

	2005	2011
germany	1.81%	2.26%
france	1.32%	1.43%
italy	0.79%	0.79%
spain	0.91%	0.96%
ireland	1.12%	1.21%
netherlands	0.68%	0.79%
belgium	0.43%	0.55%
usa	3.23%	3.30%
canada	0.44%	0.54%
china	0.32%	0.75%
india	0.28%	0.58%
ruussia	0.22%	0.44%
turkey	0.16%	0.22%
brazil	0.07%	0.19%
world	17.85%	21.82%
eu15	8.29%	9.48%
eu28	8.81%	10.21%
asean	0.48%	0.65%

2005	2011
2.20%	3.01%
1.62%	1.94%
0.97%	1.04%
1.11%	1.24%
1.35%	1.54%
0.77%	0.95%
0.52%	0.71%
3.82%	4.19%
0.52%	0.70%
0.39%	1.00%
0.32%	0.73%
0.27%	0.58%
0.20%	0.32%
0.09%	0.25%
21.52%	28.31%
10.03%	12.36%
10.65%	13.30%
0.56%	0.80%

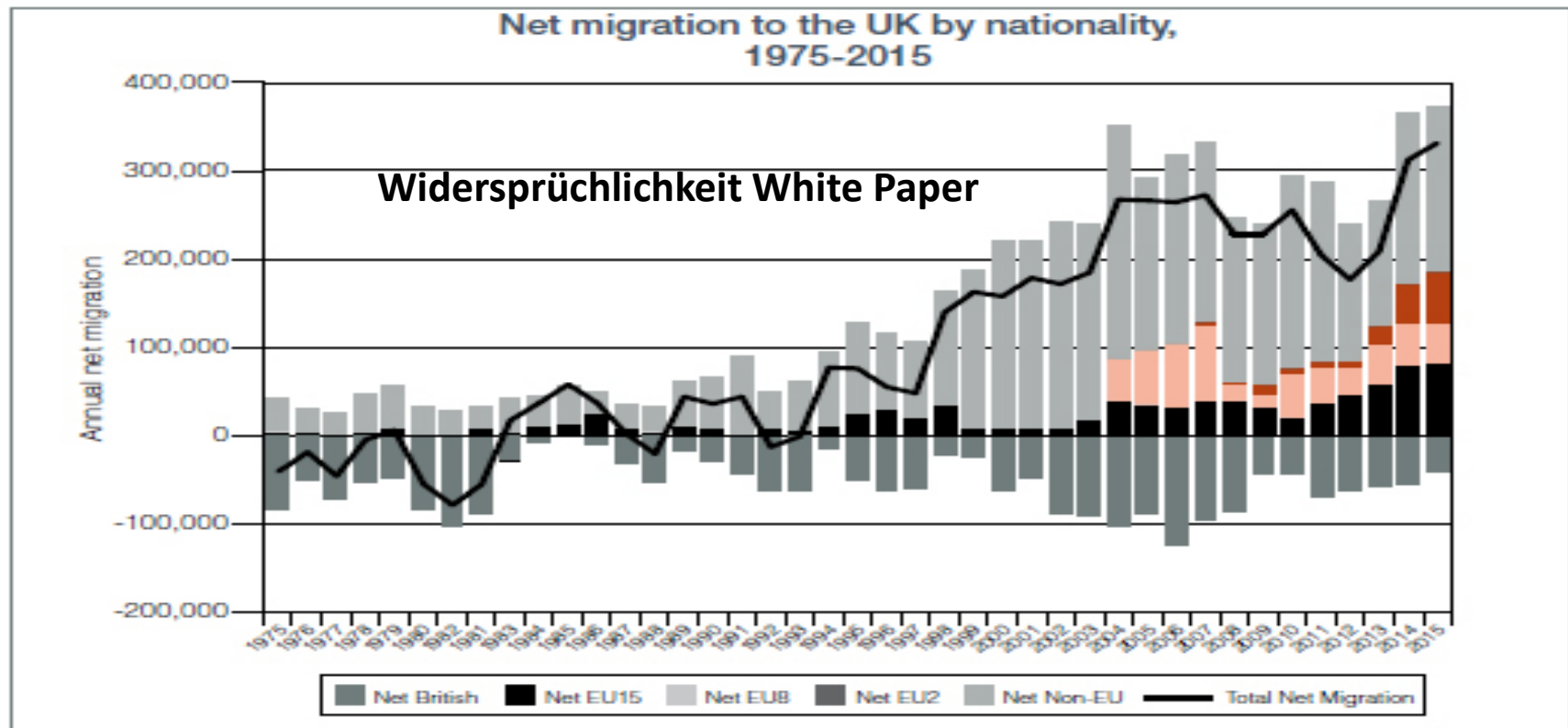
White Paper der Britischen Regierung vom Februar 2017 mit Ausformulierung der May-BREXIT-Rede vom Januar

- Vorwort Premier May: „Not merely forming a new partnership with Europe, but building a stronger, fairer, more Global Britain too.“
- **1. Providing certainty and clarity;**
- **5. Controlling immigration;**
- 6. Securing rights for EU nationals in the UK and UK nationals in the EU;
- 7. Protecting workers' rights; (das ist neu bei May!?)
- 8. **Ensuring free trade with European markets; (??wie CH?)**
- 9. **Securing new trade agreements with other countries;**
- 10. Ensuring (the UK is) the best place for science and innovation;...
- **12. Delivering a smooth, orderly exit from the EU.**

White Paper on BREXIT: UK Government 2017, Feb.

Zeigt Immigrationsdruck kam überwiegend von Nicht-EU-Zuwanderern! Aber Reg. schreibt, EU-Zuwanderer= Problem (eingefärbt: hellbraun EUost8, dunkelbraun: Bulgarien/Rumänien)

Chart 5.1 – Net migration to the UK



Es gibt eine Kette für erfolgreiche Politik

Fakten?

Logik?
Theorie

Effizienz,
Stabilität
von Politik

EU-Integration, Innovationsdynamik, Kapitalmärkte, Globalisierung, Nachhaltigkeit, internationale Wirtschaftsbeziehungen= Kernkompetenz EIIW

EIIW/Welfens

Analyse-Eurokrise schon
am 30. Oktober 2008

(Buch Transatlantische
Bankenkrise)

BREXIT-Erwartung
formuliert im Beitrag 30.
März 2016 für
AICGS/Johns Hopkins



Buch BREXIT aus
Versehen: fundierte
Analyse zu Ablauf,
Hintergründen & Effekten
für UK, DE/EU

BREXIT-Themen (u.a.):

EU-Demokratiedefizit,

Hoher EU-Nettobeitrag: 0.4% BIP

UK-Einwanderung : aus EU

Alternative zu EU (laut Leave): UK in
Neu-Commonwealth mit
Freihandelsabkommen

BREXIT ist EU-Disintegration

EU-Disintegration bzw. BREXIT ist nicht einfach zurück zu 1972

BREXIT=Regimewechsel mit **Abschreibung auf institutionelles Kapital der EU** und bei fortgesetzter Disintegration dann Wachstumsschwäche und Rückkehr in eine Art Mächtekonkurrenz Europa/Welt des späten 19. Jahrhunderts (mit USA +China...);
Ist denn der BREXIT ein nachvollziehbares Ergebnis des Referendums von 2016?

UK-Referendum: 51.9% für BREXIT, korrekt: 52,1% für Verbleib in EU

- Ergebnis Referendum UK, am 23. Juni 2016: **51,9% für den EU-Austritt, 48,1% für EU-Verbleib** – bei verfälschtem Referendum, nämlich ohne Regierungsinfo für Haushalte/Wähler zu dem bei BREXIT drohenden Einkommensverlust
- Hätten Wähler gewusst, dass Regierungsstudie (**Treasury Report vom 18.4.**) **-10% langfristigen realen Einkommensverlust** und mindestens 3%-Punkte Steuererhöhung bedeutet, dann **wäre gemäß Popularitätsfunktion** (z.B. Frey/Schneider in Economic Journal; **1% mehr Wachstum des verfügbaren Einkommens= 0,8% höhere relative Regierungspopularität**) das Ergebnis: **52,1% pro EU-Verbleib – das glatte Gegenteil vom 23. Juni**

Vier Hauptthesen des Buches

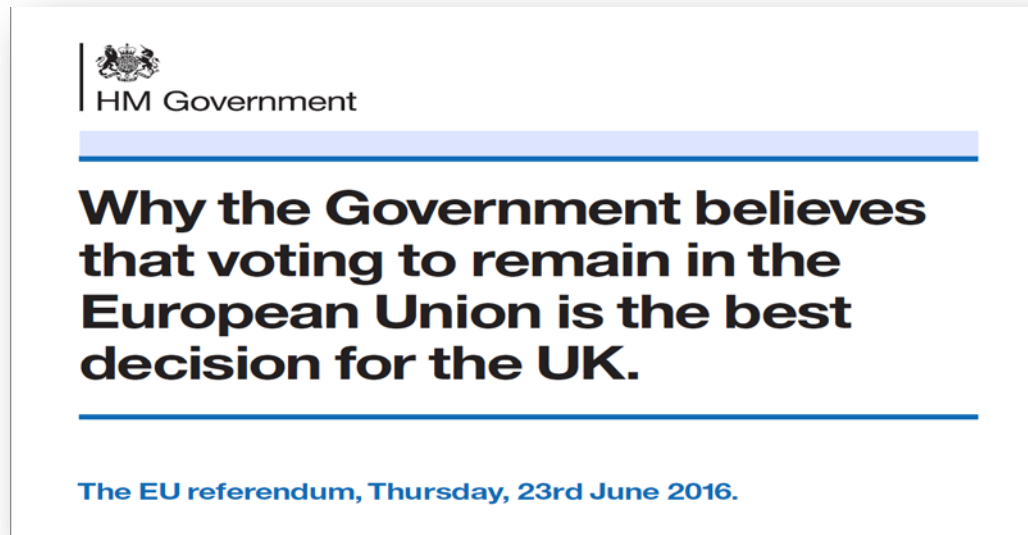
Punkt 1

- Referendum, das seit 2013 avisiert war, wurde **nicht ordnungsgemäß durchgeführt**: den Haushalten in Großbritannien wurde der Befund aus der Studie (18.4.2016) des britischen Finanzministeriums vorenthalten, wonach EU-Austritt von UK Steuererhöhung und **10% Realeinkommensminderung (1800 Pfund Minus pro Kopf)** ergibt
 - 6% Einkommensverlust wg. Binnenmarktzugangsverlust bzw. Austrittseffekt,
 - 4% Verlust aus Nicht-Mitwirkung UK im reformierten Binnenmarkt
 - Cameron: 4 Monate Vorlauf bei Referendum, hat Pro-EU empfohlen
- **UK-Politikversagen: Fehlreferendum**
- **Beim Schottland-Referendum 2014** hat Cameron-Regierung die ökonomische Info an Haushalte gegeben= **-1400 Pfund/Kopf** Einkommensverlust und Verlust der Vorteile der EU-Mitgliedschaft

Noch zu Punkt 1: Kein ordentliches Referendum in UK

- Dass der Finanzministeriumsbericht zu langfristigen EU-Vorteilen bzw. BREXIT-Kosten erst am 18.4., eine Woche nach Beginn des Versands der 16-Seiten-Regierungs-Referendumsbroschüre veröffentlicht wurde, **zeigt entweder Cameron-Regierungschaos oder Sabotage-Aktion innerhalb der britischen Regierung**
- Referendum 2016 wegen Camerons Mega-Infopanne **kaum Legitimität**,
- UK ist in **Rationalitätskrise**: Cameron hat die Königsdisziplin der Demokratie, Referendum, grob FEHLERHAFT organisiert
 - Beschädigt UK: **langfristig** 10% Einkommensverlust
 - Beschädigt EU: ca. 2% Eink.verlust, institutionelles EU-Kapital?
 - Beschädigt alle Integrationsräume in der Welt (z.B. Mercosur, Asean)

16 Seiten Reg. Cameron-Broschüre zu Referendum für Haushalte: 11-13. April verschickt an Haushalte, ab 9. Mai in Wales, N-IRL, Schottland



Zusatz-Hinweis: **Titel der Regierungsstudie zu den langfristigen britischen EU-Vorteilen lautet,** HM Government (2016), HM treasury Analysis: the long-term economic impact of EU membership and the alternatives, London, **veröffentlicht 18. April 2016.**

<https://www.gov.uk/government/publications/hm-treasury-analysis-the-long-term-economic-impact-of-eu-membership-and-the-alternatives>

Punkt 2: Die Zuwandererdebatte in UK – seit 2013 von Cameron immer wieder gegen EU-Zuwanderung geführt – war absurd; **nur 0,2% Zuwachs Bevölkerung pro Jahr;**

- OECD zeigt, dass EU-Zuwanderer in UK höhere Beschäftigungsquote haben als die Briten
- OECD zeigt, dass EU-Zuwanderer für UK auch fiskalisch ein Pluspunkt – ein Geschäft – ist

Punkt 3: Die Erwartungen britischer EU-Gegner - sind z.T. ohne rationale ökonomische Grundlage: Dass UK außerhalb EU an Macht und Prosperität **deutlich zunimmt** = Sicht der weniger Informierten/ Gebildeten und von Leave-Anführern (u.a. Boris Johnson)

Punkt 4: May-Regierungsansatz für expansive UK-Freihandelspläne unreal (zeigt auch Irwin, Ex-Bank-of-England); **nur UK-US ok**, schon UK-China kaum möglich, **Indien wird Visa-Erleichterung wollen – NO in UK**

Immigrationsthema UK EU-Referendum sonderbar (s. OECD*)



Kann UK durch Freihandelsinitiative Wachstum erhöhen?

- Lange Länder-Liste von Minister David Davis mit großen Erwartungen in Sachen Handelsliberalisierung bei UK
 - **UK-USA Freihandelszone ab 2019 zu erwarten**
 - **UK-Japan ist denkbar, aber Zeit-/Ressourcenproblem: EU-UK-Verträge (Austrittsvertrag und Freihandelsvertrag) haben Priorität**
 - UK-China Freihandelsvertrag kaum leicht realisierbar: hohe Risiken für UK-Industrie, politisch zudem problematisch an Seite der USA
 - UK-EU wird schwierig, ca. die Hälfte des Handels zollfrei ab 2019?
 - UK-Indien mit Problempunkten (Immigration)

Wenn mehr Globalisierung, dann mehr Ungleichheit in UK; das ist nicht die Antwort, die viele BREXIT-Wähler erwarten

Illusorisches Programm;

Aggressive Steuerpolitik von UK denkbar (und US folgt); bringt Probleme bei Steuerkonkurrenz für EU27

UK und EU27/EU28 als Aufgabe

- EU möge für **EU-bezogene Referenden in EU-Ländern auf hohe Qualitätsstandards hinwirken**: z.B. 6 Monate Vorlaufzeit für Info; Begleit-Expertenkommission zu Referendum wie in Irland
- **Untersuchungsausschuss Europäisches Parlament** zu UK Ref. nötig
- **Zweites britisches EU-Referendum** in Großbritannien wichtig – sonst kann man nicht wissen, was bei normalem Info-Stand die Mehrheit der britischen Wähler in Sachen EU will
- **EU-Reformen dringlich, sonst wird Europa das 21. Jahrh. verpassen**, die USA und China werden Europa-Politik machen!
- **Dem Populismus im Westen** gilt es sich mit Fakten und besserem Dialog Wissenschaftspolitik/Öffentlichkeit entgegenzustellen; **ohne Mut zur Wahrheit/klarer Kommunikation und solidem Politikhandwerk wird es nicht gehen**

BREXIT means BREXIT and we will make a success of it? **NO**

- **Theresa May:** als Innenministerin der Cameron-Regierung Mitverantwortung für z.T. **perfidie Anti-Einwanderer-Kampagne.**
- Da das korrekte Ergebnis – bei ordentlicher, fairer Organisation des Referendums – klar pro EU gewesen wäre, sind viele bisherige Schlussfolgerungen unhaltbar
- **EU ist angesichts Camerons Mega-Infopanne bzw. nicht-ordentlicher Referendumsorganisation politisch unmöglich, UK in Fragen des künftigen EU27-Binnenmarktzugangs besonders entgegen kommen**
- **Für Deutschland ist Export nach UK ca. 3% des Bruttoinlandsproduktes, für UK ist Export Richtung EU27 rund 13% des Bruttoinlandsproduktes; 8% der EU-Exporte geht nach UK, aber 44% der UK-Exporte gehen zu EU**
 - UK wird kaum Nato-Pfeiler als Pluspunkt einbringen können, denn USA unter Trump in Sachen Nato wenig glaubwürdig
 - UK wird in London Firmen/Dienstleister aus Drittländern mit Fokus auf EU28 verlieren, etwa AIB-Niederlassung

UK seit 2016 unter BREXIT-Druck bzw. jetzt mit Druck, Zugang zu EU-Binnenmarkt ab 2019 zu erhalten:

- Wird wesentlich von Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Polen bestimmt – **vor allem Polen für UK positiv eingestellt**
- UK wird ggf. **Beiträge zur EU zahlen, ca. 4-5 Mrd. €**
- UK wird netto ca. 3-4 Mrd. € Zölle p.a. zahlen an die EU: damit sind 9 Mrd. € Nettobeitrag UK weg, **Kompensation Schottland fehlt, Delphi-Orakel (?Du wirst ein großes Reich zerstören, Orakel 542 v. Chr. König Kroisos..=Cameron)**
- Gefahr, dass Europa über fortschreitende Desintegration **zurück ins späte 19. Jahrhundert fällt**, als Militärausgabenquote 4% war (statt 2015: 1-2%) u. aggressiver Nationalismus/reale Kriegsgefahr

Frau May hat vorgeschlagen/*will erreichen*

- **Sektorale Freihandelsabkommen, z.B. Automobilwirtschaft**
 - sicher willkommen von Seiten Deutschlands mit Überschuss sektoral
- ***UK will vor allem für seinen Finanzsektor – mit sektorialem Überschuss gegenüber EU – Sonderbedingungen beim Zugang zum EU-Finanzbinnenmarkt***

2018/2019

- 2018 wird man ein vermutlich dünnes Freihandelsabkommen **UK-EU** ausgehandelt haben, oberhalb der WTO-Mindestregeln
- UK kann wenig Impulse aus zusätzlichem Freihandel außerhalb **EU28** erzielen: **UK-USA ja, ggf. auch UK-Japan**, aber hier wird vermutlich EU-Japan-Abkommen früher stehen.
- Zur Idee, dass UK gewichtiges Führungsland im Commonwealth sein solle, schon 1962 Antwortversuch von Dean Acheson in einer Rede vor Absolventen der Militärakademie West Point: ***“Great Britain has lost an empire and has not yet found a role. The attempt to play a separate power role apart from Europe, a role based on a „special relationship“ with the US and on being the head of a “commonwealth” which has no political structure, unity, or strength – this role is about played out.”***

Welche EU-Reformen sind notwendig

- A) Befund: EU-Integration= ökonomische Vorteile
- B) EU muss einfacher in den Abläufen, Institutionen werden; **2014: Review of the Balance of Competences between the UK and EU (Competences Report der UK-Regierung)** zeigt allerdings, wie kompliziert die EU in den Abläufen, Abstimmungsregeln EP komplex
- C) Befund: EU-Konstruktion – mit minimalistischer EU = 1% Staatsverbrauchsquote – stärkt laut Forschungsgruppe Wahlen die radikalen Parteien in EU-Ländern= *Populismus-Züchtung via Brüssel. Nur wenn EU als Akteur erkennbar/verständlich für Wähler, schrumpft Populismus UKIP, Front N., AfD*

Welche EU-Reformen sind notwendig

- z.T. EU verschlanken via **Verminderung überzogener Regulierungen** (siehe Regulierung zu Staubsaugern – das ist überflüssig, absurd)
- **Neo-EU:** Verteidigungsausgaben und z.T. Infrastrukturausgaben sowie erste 6 Monate Arbeitslosenversicherung künftig im EU-Budget verankern = neue bessere EU-Fiskalpolitik **bei 5-6% EU-Staatsverbrauchsquote denkbar**
- **Nur wenn Wähler verstehen**, welche Aufgaben und Ausgaben in Brüssel verankert sind, weniger Neigung, kleine radikale Parteien zu wählen – so **Forschungsgruppe Wahlen**; *größere bessere EU-Rolle = mehr politischer Wettbewerb bei Wahl zu EP = Effizienzgewinne EU*
- **Subsidiarität** ok, aber Mindest-EU-Größe = Steuersatzsenkung wg. Eff.+

EU-Gefährdung, UK-Chaos politisch denkbar

- **BREXIT wohin?** UK wird EFTA+ wollen, da entsteht Druck, andere EU-Länder aus EU27 herauszubrechen
- May-Reg. besteht aus zwei Flügeln, nur teilweise handlungsfähig
- BREXIT: EU fehlen ohne UK 18% EU-BIPs, 13% Bevölkerung, Militärpartner;
 - Verlust an Einfluss der EU=schwächere Gestaltung der Globalisierung
 - Wenn UK verliert mittelfristig -6% Realeinkommen = - 1% Rückgang der Einkommen in EU27 (und Rückstoßeffekt negativ auf UK);
 - UK könnte als Haupthandels- und Direktinvestitionspartner der USA von Trump-Expansionseffekten 2017/2018 profitieren, langfristig aber kaum: Trump-Protektionismus schlecht für USA, UK, EU, Welt;
 - Für Deutschlands Baukonzerne US-Bauprogramm gut, da PPP-orientiert
- Nov.:Dänemarks Regierungschef hat vor EUzerfall gewarnt. Wer geht in t+1

Weitere Schlussfolgerung (Ende Kurzanalyse), Dank an Springer

- **EU-Wissen in einigen EU-Ländern schwach** (Bertelsmann-Stiftung: survey): UK 49% richtige EU-Antworten, Polen 53% (obwohl 31 J. später als UK erst EU-Mitglied; UK trat 1973 bei – nicht wie Anne Will am 20.11.16 im Gespräch mit Merkel behauptet 58), Italien 80%, Deutschland 81%
 - **Mitgliedsländer-Regierungen UND EU-Kommission** sollten **Europäische Integration besser erklären**; EU-Delegation in London schwach, auch den Falschangaben von Boris Johnsons Bus (350 Mill. Pfund Wochenbeitrag an EU) nicht entgegen getreten – blauer Bus mit richtigen Zahlen mietbar
- **Die EU ist nicht fit fürs 21. Jh: also asiatisch, digital und innovationsstark; EU-ASEAN-Freihandelsabk. fehlt völlig** (nur Singapur)
- Ist May-Regierung A) handlungsfähig, B) konsistent, C) ehrlich zur Öffentlichkeit? a) halb, b) nicht, c) bei EU-Immigrationsdebatte nicht ehrlich

Klare Schlussfolgerungen zum Thema

Globalisierungsverlierer/-ängste: UK, DE, FR, USA etc.

- **Modernisierungsverlierer im Kontext Globalisierung via aktive Arbeitsmarktpolitik mitnehmen:** In Deutschland klappt das: **DE = 4x UK-Ausgaben pro Arbeitslosen bei Weiterbildung; auch höher als Staatshilfen Weiterbildung USA für Arbeitslose**
- **Fehlinterpretation Globalisierung** –zumindest USA, wo Bürger das Ausmaß an Internationalisierung (US-Handel, Studierende etc.) **um Faktor 2-10 überschätzen: Hier Politik- Aufgabe, Fakten zu benennen und ALLEN Haushalten Fakten der Globalisierung zu erklären! (Gauck mahnte zu EU...)**
- Scharfe Kritik an UK-Regierung **wg. Ref.-Fehler angebracht. Wenn UK Körperschaftssteuersätze senkt** – um Firmen im Land post-BREXIT zu halten, sind UK-Aussichten für EU-Zugangsbedingungen verschlechtert
- **kritische Bestandsaufnahme EU-Länder/EU, Reformdebatte über eine Neo-EU – besseres Europa – nötig: Chinas Aufstieg geht voran, USA+...**

Das britische Fehlreferendum beschädigt den Westen; Anne Will mit Fehlinfo vor Millionenpublikum zu BREXIT

- UK - Kein Qualitätsreferendum, **keine faktenbasierte EU-Einwandererdiskussion, UK-Rhetorik??, May-Illusionspolitik??**
- EU: **Europäische Union steht vor Reformphase ODER ZERFALL**
- EU-Probleme mittel- und langfristig angehen – die Bundesregierung sieht die Hauptprobleme bislang nicht; und **Kanzlerin** Merkel möchte offenbar nicht einmal wichtige Fakten klarstellen: ARD/**AnneWill 20. Nov. 2016** – AW zu Populismus-Aufstieg: die Kanzlerin habe diese Entwicklung auch nicht aufhalten können - ...eines „fortschreitenden Zerfall der Europäischen Union, wo man nicht mehr genau weiß, gibt es da gemeinsame Werte, oder sind die alle verloren gegangen. Es gibt sogar ein Land, **Großbritannien, die Gründernation**, die geht raus aus dem Verbund...“(Zitat Will; **Kanzlerin Merkel ließ diesen Fehler unwidersprochen stehen ((UK zu EU 73!) = unerfreulich in einer „postfaktischen Zeit“.**

Post-2016: EU-Reform

Vorstellung, dass man
die Reform eher EU27
betont, oder Eurozone
(zB Option
Politikunion?)

Für Osteuropa ist EU-
Reform wegen Trump-
Position (Nato-Skepsis)
nun stark auch eine
Militärfrage geworden

FRANKREICHs Gewicht in EU27 steigt militärisch
und politisch, das von DEUTSCHLAND steigt
vor allem ökonomisch wegen des erhöhten
nationalen BIP-Anteils. **Welche EU-Reformen kommen?.**

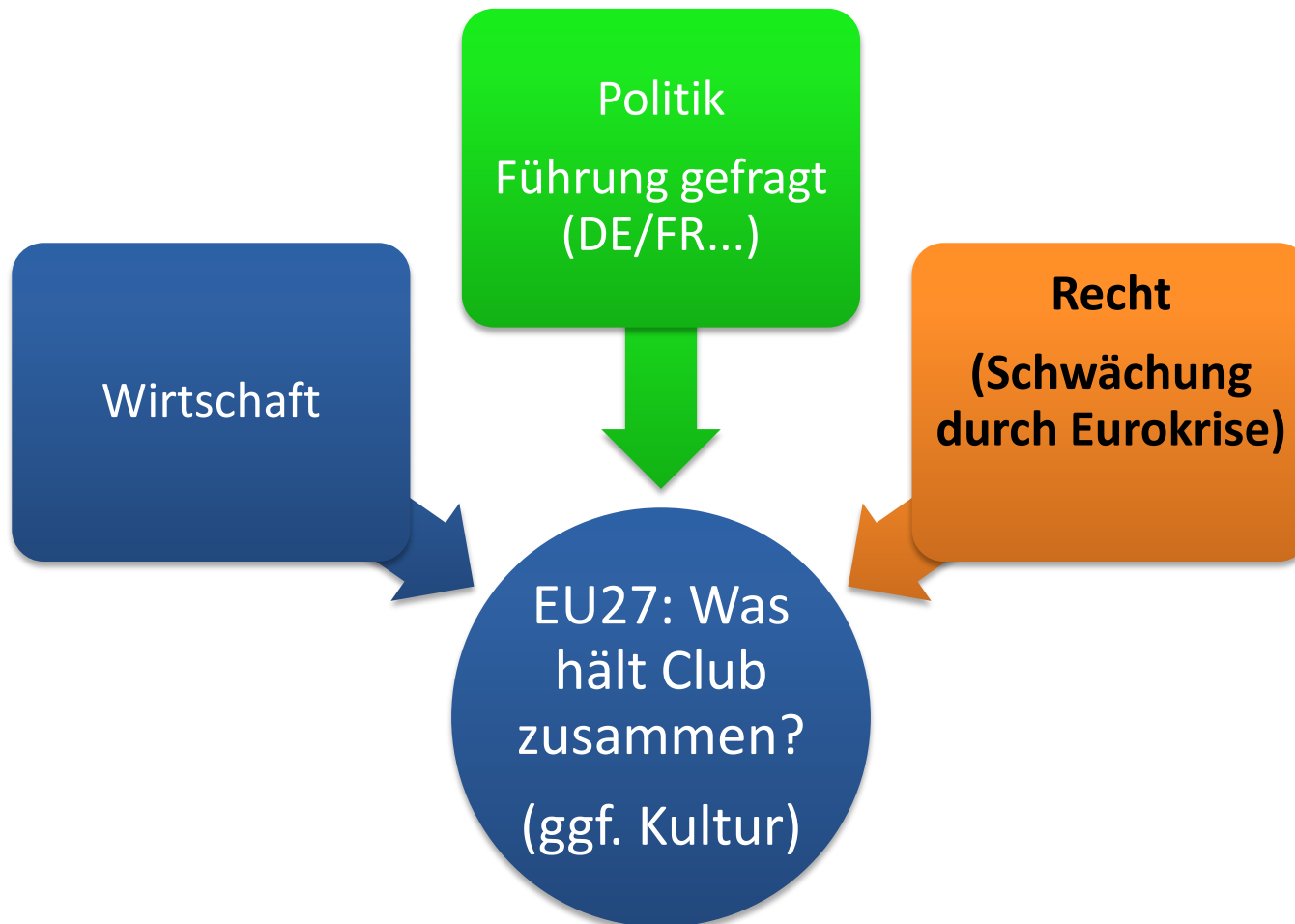
Was kommt in der EU nach 2017 bzw. 2018/2019

- Europa der **zwei Geschwindigkeiten**; *ggf. einfach in Eurozone vorangehen – aber hohe Reformgeschwindigkeit nötig*
- **Notwendig, Eurozone zu stabilisieren und zu vertiefen**
 - Schwierig wegen unerledigten Griechenland-Problems – und in GR wegen fehlender Verfassungsreform - und unverändert unzureichender Institutionen in Teil des Politiksystems, unklare Entscheidungsstrukturen
 - **Notwendig ist Schuldenbremse in nationalen Verfassungen**
- **Wenn UK aus EU geht, wird wohl neues Schottland-Referendum kommen**, was zu politischer Destabilisierung in UK führen kann; aber auch zu Destabilisierung in der EU27 (Katalonien etc.)
- **EU-Verteidigungsintegration denkbar, aber mit mindestens 9 Staaten**, wobei Frankreich eine besonders starke Rolle haben wird (Nuklearmacht, UN-Vetomacht)

Was ist sinnvoll, was ist möglich in Europa

- **USA (unter Trump) und Russland vermutlich an EU-Disintegration interessiert, was EU entweder in Zerfall treibt oder in EU-Vertiefung**
- Deutschland mit hohem Leistungsbilanzüberschuss wird sich glücklich schätzen, **sich in €zone auch verstecken zu können.**
- Unklar, wie weit Populismus in EU27 weiter um sich greifen wird. Wachstumsaussichten mittelfristig in EU27/EU28 gut.
- **Flüchtlingswelle dürfte abebben,** Zuwanderungsdruck eher nicht
- **Anmerkung:** Weitere Internetexpansion erschwert Regierung bzw. die Suche nach Kompromissen in der Demokratie – denn Internet begünstigt Polarisierung und Verbalradikalisierung, erschwert auch Konsensfindung in der Europäischen Union
- Wenn **EU-Disintegration** kommt, könnten auch ASEAN, Mercosur... zerfallen = **regionale Destabilisierung**

Was ist in Sachen EU bewahrenswert, ausbaufähig



Die Europäische Integration als Teil der Globalisierung

- Kontinentaleuropa bislang weniger mit Anti-Globalisierungsdruck als UK/USA (dort fehlt z.B. aktive Arbeitsmarktpolitik), obwohl man TTIP-Kritikwelle durchaus in dieser Richtung sehen kann
- EU-Vertrauen der Bürger wegen Banken-/Eurokrise geschwächt
- Z.T. unklar, wie man EU-Regelwerk sinnvoll verbessert UND durchsetzt; EU bisher mit Argument: Wir gestalten Globalisierung mit
- Frage, wie stark in einigen EU-Ländern Druck ist, UK zu folgen und Neo-Nationalismus an Stelle von EU-Integration zu setzen
- In einigen Ländern – wie etwa Griechenland – gibt es ein nationales Verfassungsproblem (Chef der Statistikbehörde kann offenbar für pflichtgemäßes Arbeiten angeklagt werden; Umgang mit Staatsvermögen nicht vernünftig geregelt; beim Europarat könne „Venedig-Kommission“ (Verfassungsexperten) aktiviert werden

Nach BREXIT: nationale Politikakteure mit neuen Ansätzen?

- Mehr Bereitschaft zu **EU-Integration der 2 Geschwindigkeiten**; Länder aber z.T. wenig bereit, Kompetenzen an EU abzugeben
- Man wird sinnvollerweise Eurozone als eigenen Akteur verstärkt organisieren – jedenfalls in bestimmten Bereichen; **Elemente von Politischer Union**
- **Macht einiger Länder in EU27 gestiegen, wenn man Banzhaf-Index** verwendet für Einschätzung der Macht bei Abstimmungen mit Stimmgewichten (55% der Länder, 65% der Bevölkerung als Vorgabe)
- Es besteht erheblicher **Forschungsbedarf in Richtung EU-Reformoptionen**
- **EU mit nur 1% Staatsquote kann nicht funktionieren** (damals UK Druck)
- Mit BREXIT wird liberale Strömung in EU geschwächt; **Welt wird mit USA also protektionistischer**

Einige EU-Vorteile aus ökonomischer Sicht/das steht bei denkbarem EU-Zerfallsprozess auf dem Spiel.

- **EU-Vorteile** bisher (aber ein **Identitäts-/Wahrnehmungsproblem**)
 - EU-Strukturfonds und Kohäsionsfonds für arme Regionen bzw. Länder
 - EU-Außenhandelspolitik/Global.politik für alle EU-Länder gemeinsam
 - **EU-Wettbewerbspolitik und –Regulierungspolitik;**
Beihilfenkontrolle, die Subventions-Wettlauf verhindert (Mr. Corbyn hat schon angekündigt, bei BREXIT werde man mehr nationale Subventionspolitik zur Rettung von Altindustrien wollen; das wird Subventionswettlauf mit sich bringen – **teuer für Europas Steuerzahler**)
 - **EU-Binnenmarktdynamik**
 - **EU-Budget mit 1% des EU-BIP allerdings sehr klein** (1/9 von US-Staatsverbrauchsquote in Washington DC), befördert mangels Masse die Verunsicherung der Wähler bei Europa-Wahl – diese haben laut **Forschungsgruppe Wahlen wegen der fehlenden EU-Aufgaben-Sichtbarkeit dann Neigung, kleine, radikale Parteien zu wählen**

Kann EU27/28 mit 1% Staatsverbrauchsquote leben?

- 1) **Forschungsgruppe Wahlen** stellt fest: **Mini-EU** führt dazu, dass Wähler nicht verstehen, was EU macht = **Neigung, radikale Parteien** zu wählen; von EU-Ebene expandiert Populismus bzw. Kreis radikaler Parteien dann national; wäre EU ökonomisch (sinnvoll) bzw. von der supranationalen Ausgabenquote her größer, **dann wäre Wahlbeteiligung bei Europawahlen höher**= intensivierterer Wettbewerb=mehr Effizienz
- **Höhere Politikeffizienz ist dringend notwendig**, wenn EU-Ausgabenquote etwa längerfristig erhöht werden soll (Teil der Regionalfonds wird bislang unzureichend eingesetzt, so dass nur etwa 50% der regionalen Strukturfonds sinnvoll eingesetzt wurden)

- 2) **1% supranationale Staatsverbrauchsquote** bei EU, 9% in Washington DC auf der obersten US-Politikebene (zu den 9% kommen noch 11% Sozialausgabenquote hinzu). **Die bisherige EU-Staatsverbrauchsquote ist viel zu klein für vernünftige, effiziente EU-Fiskalpolitik; EU fehlen Infrastrukturausgaben/-aufgaben; EU fehlen auch Militärausgaben als Gemeinschaftsfeld**; zumindest Teil der Arbeitslosenversicherung (erste 6 Monate, OHNE Jugendarbeitslosigkeit) kann supranational sinnvoll verankert werden – siehe ZEW-Modellrechnung -, womit verstärkte Konjunktursynchronisation in Eurozone/EU abgebildet werden könnte; *diese Synchronisation hat bei Eurokrise abgenommen*
- 3) Denkbar: **Euro-Regierung, echtes Euro-Parlament** (+2. Kammer), **Euro-Bonds**, aber nur mit Schuldenbremsen (Brüssel und national)

Was ist notwendig?

- 1) **Große Debatte über Alternativen** zu EU-Formen oder Ohne EU
- 2) Nachdenken, **warum TTIP** (EU-USA) bis Ende 2016 seitens der EU28 nicht realisiert werden konnte. **Geht EU27-UK-USA Mini-TTIP?**
- 3) Was müsste eine zeitgemäße EU leisten?
 - **Bessere Wirtschaftspolitik** mit größerem Haushalt u. mehr Politikkonkurrenz
 - **EU in Asien verankern** (EU-ASEAN-Freihandelsabkommen)
 - **Stärker integrierte Digitalpolitik** entwickeln, Gründerförderung stützen
 - **Interessen der EU-Länder gegenüber China** gemeinschaftlich vertreten, etwa Regelung finden, damit chinesische Staatsunternehmen bei EU Begrenzungen zu M&As haben UND EU-Firmen viel stärker Chancen haben, in China zu investieren
 - **EU müsste institutionell einfacher** aufgesetzt werden; **zu intransparent für Wählerschaft, stärker Eurozone bei Fiskalpolitik aufsetzen; auch ein Element Sozialpolitik (erste 6 Mon. Arb.losvers.). In der bisherigen Form wird die EU zerfallen, da Populismusdruck wachsend und EU zu wenig auf Herausforderungen 21. Jahrhundert eingestellt**

Unsere Politik- u. Wirtschaftssysteme zu komplex

- Frage, welche Vorteile hat eine EU-Mitgliedschaft eigentlich
 - **EU-Club-Vorteile** müssen da sein, sonst kann EU nicht fortbestehen
 - **Internationale Kommunalpartnerschaften in der EU**, dies gilt es zu fördern – als jeweilige Multi-Stadt-Europäische Aktionswoche = „Europa von unten“ bauen
 - **Politikstrukturen nach Möglichkeit vereinfachen und mehr Politikergebnisse frühzeitig ins Internet stellen** – das Internet ist da und geht auch nicht weg!
 - Diskutieren bzw. erklären, **welche EU-Vorteile bestehen** – wie groß!
 - Für EU-Selbstzufriedenheit besteht nach BREXIT sicher kein Anlass, Fragen ob etwa DE/FR ab Ende 2017 neue Initiativen entfalten. **Echo aus der Eurokrise, nämlich Erhöhung des Gewichtes des Europäischen Rates, ist für EU-Integration problematisch; ändern..; EZB bislang überlastet, hat Konjunkturaufschwung gesichert, mehr Reformen bei EU-Ländern notwendig.**



EU-Vorteile bei funktionsfähigem Binnenmarkt und Euro-Stabilitätsunion

EU-Binnenmarkt u. Außenwirtschaftspolitik	Subventionskontrolle bei Altindustrien; und EU-Klimapolitik	Option: Euro-Stabilitätsunion mit supranationaler Stabilitätspolitik	Euro u. EZB
Wachstumseffekt= 2,5% des realen Bruttoinlandsprodukt Binnenmarktvertiefung ca. 4% des BIP (z.B. für UK nach HM Government); Denkbar zudem TTIP, also EU-US-Freihandel mit +2% des realen BIP (nach Jungmittag/Welfens, 2016, EIIW Arbeitspapier 212) www.eiiw.eu Vorteil aus institutionellem Gemeinschaftskapital (0.2% BIP)	Subventionskontrolle= Innovationsdruck bzw. Vermeidung von Steuererhöhung für Finanzierung von Übersubventionen = 0,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes; Gemeinsame Klimapolitik = (Zertifikatehandel) Vorteil 0,2-0,5% des realen EU-Bruttoinlandsproduktes	• weitgehend gemeinsame Infrastrukturpolitik, • gemeinsame Verteidigungs-Budgets** • EU-Arbeitslosenversicherung für die ersten 6 Monate (ohne Jugendarbeitslosigkeit) Verminderung der Schwankungsintensität des Realeinkommens durch bessere Konjunkturpolitik (bislang 3x so hoch wie USA)*	Euro als Reservewährung global= 0,5% des BIP pro Jahr, was kapitalisiert mit 2,5% etwa 40% eines Jahres-Bruttoinlandsprodukts der Eurozone ausmacht (also Wert des Euros einer funktionsfähigen WWU); zudem Vorteile aus Transaktionskostenminderung
Quelle: EU-Analysen und HM Government	EIIW-Berechnungen	*IMF	EIIW***

** etwa 0,2 % des Bruttoinlandsproduktes durch Effizienzgewinne; EU als Teil der Nato jährlich mit etwa 2% höherer Konsumquote als sonst (Militärausgabenquote ca. 2% statt 4% für die Großmächte Europas im späten 19. Jahrhundert)

*** Hierbei wird angenommen, dass die Krisenländer Griechenland, Portugal, Zypern zu Stabilität und Wachstum nachhaltig zurückfinden können (Schuldenbremse in nationalen Verfassungen); Anmerkung zu Deutschland: Die Vorgabe des Grundgesetzes maximal 0,35% des BIP als strukturelle Defizitquote ist problematisch, da dies bei 1,5% Wachstumsrate des realen BIP auf eine langfristige Schuldenquote von 23,3% hinausläuft: DE-Anteil in Eurozone beim Staatsanleihenmarkt zu wenig; 0,35% kann bleiben, wenn EU-Ebene 0,35% für Eurobonds hinzu bekäme = Schuldenquote 47% konsolidiert DE

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens, www.eiiw.eu

Inhalt des Buches *BREXIT aus Versehen*

- 1. BREXIT: Eine Kampagne und eine britische Entscheidung
- 2. Hintergründe und fatales Info-Desaster
- 3. Internationale und geopolitische Perspektiven
- 4. BREXIT-Konsequenzen für das Vereinigte Königreich
- 5. Deutschland: Börsenfusion verändert, mehr Einfluss, Reform
- 6. Was Experten vor dem BREXIT prognostizierten
- 7. Kernpunkte der neuen britischen Regierung
- 8. BREXIT aus US-Sicht
-EU-Reformen, Szenarios BREXIT (I), (II), (III)

*UK Mythen 23.11.16: **Hammond (23.11.16)** „We have demonstrated beyond doubt that controlling public spending is compatible with world-class public services and social improvement.“*

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Thank you for your kind attention!

engl. Kurzbeitrag Welfens zu BREXIT im Journal
International Economics and Economic Policy,
2016, October;

Engl. Version des Buchs „An Accidental BREXIT“
forthcoming spring 2017

**EIIW 2015 = 20 years of award-winning research in
Economics and International Economic Policy**

welfens@eiiw.uni-wuppertal.de